

37. Deutscher Evangelischer Kirchentag

Resolution: „Für eine sozialverträgliche CO2-Abgabe durch Pro-Kopf-Rückverteilung“

Adressaten:	die Bundesregierung, insbes. Bundesumweltministerin Svenja Schulze, alle Abgeordneten des Deutschen Bundestags
Antragstellende:	Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V. (INWO), Postfach 90 02 06, 60442 Frankfurt am Main
Ansprechpersonen:	Beate Bockting (stellv. Vorsitzende), beate.bockting@inwo.de, Klaus Willemsen, klaus.willemsen@inwo.de, Vlado Plaga, vlado.plaga@inwo.de; Andreas Berner, andreas.berner@inwo.de
Veranstaltung:	Grün, smart, nachhaltig? Visionen für die Stadt der Zukunft (Zentrum Stadt und Umwelt) Sonnabend, 22. Juni, 15.00-17.30 Uhr, Halle 3, Bereich Westfalenhallen, Innenstadt-West

Resolution

Wir haben keine Zeit mehr. Die CO2-Emissionen müssen schnell reduziert werden, um die Klimaziele zu erreichen. Wie erreichen wir das? Mit einer CO2-Abgabe. Damit verbundene Mehrbelastungen müssen jedoch sozial abgedeckt werden, sonst sind sie nicht politisch durchsetzbar.

Die Abgabe zahlt jeder, der CO2 erzeugt. Firmen geben sie an die Kunden weiter. Der CO2-Ausstoß wird dadurch verteuert. Um das System sozial zu gestalten, sollen die Einnahmen vollständig pro Kopf an die Bevölkerung zurück verteilt werden – jede*r erhält gleich viel! Wenn Menschen unterdurchschnittlich viel CO2-Ausstoß verursachen, bekommen sie mehr zurück, als sie bezahlen.

Anders als bei einer CO2-Steuer ohne Rückverteilung, wird in diesem System niemand das Gefühl haben, zu viel zu geben oder zu wenig zu bekommen! Das macht Klimaschutz attraktiv und zugleich sozial gerecht.

Welche ökologischen Vorteile hat das?

- Die Pro-Kopf-Rückverteilung setzt persönliche Anreize zum Klimaschutz: Wer weniger CO2-Ausstoß verursacht, hat mehr Geld in der Tasche als vorher. Kaufverhalten und Lebensstile werden sich schneller ändern.
- Unternehmen werden schnell auf das veränderte Kundenverhalten reagieren. Umweltschädliche Energieerzeugung, z.B. aus Kohle, wird teurer und verschwindet. Erneuerbare Energien werden gefördert.
- Umweltschutz ist damit keine Frage mehr des individuellen Verzichts, sondern der ökonomischen Effizienz.

Ein Rechenbeispiel:

Mit 115 € Kosten pro Tonne CO2 (wie in Schweden) ergeben sich derzeit Einnahmen von rund 100 Mrd. € im Jahr. Jede*r Bürger*in erhält 100 € im Monat, eine vierköpfige Familie also 400 €. Der Preis pro Tonne steigt langfristig mit sinkendem Verbrauch.

Konkret fordern wir:

Die Bundesumweltministerin möge einen Gesetzentwurf einbringen, der drei Punkte beinhaltet:

- Die Emission von CO2 soll mit einer Abgabe belastet werden.
- Die Einnahmen aus den Abgaben sollen **pro Kopf an alle Bürger** zurück verteilt werden. Steuerfreibeträge und Subventionen sind zu selektiv und daher ungeeignet.
- Die Kosten für eine einzelne Tonne CO2 sollen langfristig steigen, damit bis 2030 eine spürbare Reduktion des CO2-Verbrauchs erfolgt.

Wir Teilnehmende des Kirchentags fordern ein schnelleres Vorgehen beim Klimaschutz. Eine Pro-Kopf-Rückverteilung belohnt diejenigen, die unser Klima weniger belasten. Unterstützen Sie unsere Resolution!